

## **Antwort der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Linda Teuteberg, Stephan Thomae,  
Renata Alt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/6203 –**

### **Einstufung weiterer Länder als sichere Herkunftsstaaten**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD haben die regierungsbildenden Parteien sich darauf verständigt, neben Algerien, Marokko und Tunesien auch „weitere Staaten mit einer regelmäßigen Anerkennungsquote unter fünf Prozent zu sicheren Herkunftsstaaten“ zu erklären. In der 24. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat erklärte die Bundesregierung, man befinde sich gegenwärtig in der Prüfung, ob weitere Länder in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten aufgenommen werden.

In der Antwort auf die Schriftliche Frage 42 der Abgeordneten Linda Teuteberg auf Bundestagsdrucksache 19/5282 erklärte die Bundesregierung auf die Frage, welche Staaten nach Einschätzung der Bundesregierung gegenwärtig eine – im Sinne des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD – „regelmäßige Anerkennungsquote unter 5 Prozent“ ausweisen, lediglich, dass „aktuell“ vom 1. Januar 2018 bis zum 30. September 18 Staaten eine Anerkennungsquote unter 5 Prozent hätten (Tansania, Ukraine, Pakistan, Marokko, Benin, Guinea-Bissau, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Kolumbien, Kuba, Vietnam, Indien, Tunesien, Weißrussland, Algerien, Kenia, Georgien sowie Moldau (Republik)). Eine Abgrenzung nach einer „regelmäßigen Anerkennungsquote“ erfolgte nicht. Auch der Zeitpunkt, bis zu dem die erforderlichen Prüfungen gemäß der einschlägigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes und der unionsrechtlichen Vorgaben vorgenommen werden, könne noch nicht benannt werden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wann und in welcher Form die Bundesregierung die Einstufung weiterer sicherer Herkunftsstaaten umzusetzen gedenkt, welche Schritte bisher hierzu unternommen wurden und wie dabei das Kriterium der „regelmäßigen Anerkennungsquote“ definiert wird.

#### Vorbemerkung der Bundesregierung:

Der zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode geschlossene Koalitionsvertrag sieht vor, dass Algerien, Marokko und Tunesien sowie weitere Staaten mit einer regelmäßigen Anerkennungsquote unter 5 Prozent zum Zwecke

der Verfahrensbeschleunigung zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt werden. In Umsetzung dieser Vorgabe hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem Georgien, Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden sollen. Welche Staaten sich darüber hinaus ggf. dazu eignen, in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten aufgenommen zu werden, ist Gegenstand laufender Bewertungen. Hierzu beteiligt das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und stimmt sich mit dem Auswärtigen Amt ab. Ferner werden die einschlägige Rechtsprechung zu sicheren Herkunftsstaaten sowie die Praxis der Mitgliedstaaten der EU berücksichtigt.

Die Entscheidung, ob sich ein Staat zur Einstufung als sicherer Herkunftsstaat eignet, hängt neben dem Vorliegen einer regelmäßigen Anerkennungsquote unter 5 Prozent maßgeblich von der Entwicklung der jeweiligen Menschenrechtslage vor Ort ab. Die Einstufung eines Staats als sicherer Herkunftsstaat kann nur unter Beachtung der Anforderungen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 14. Mai 1996, 2 BvR 1507/93 und 2 BvR 1508/93) zu Artikel 16a Absatz 3 Grundgesetz (GG) und den Anforderungen des Artikels 37 Absatz 1 i. V. m. Anhang I der Richtlinie 2013/32/EU erfolgen. Vor der Einstufung eines Staats als sicherer Herkunftsstaat hat sich die Bundesregierung anhand von Rechtslage, Rechtsanwendung und allgemeinen politischen Verhältnissen ein Gesamturteil über die für eine Verfolgung bedeutsamen Verhältnisse im jeweiligen Staat zu bilden. Voraussetzung der Einstufung als sicherer Herkunftsstaat ist, dass in dem jeweiligen Staat gewährleistet erscheint, dass dort generell, systematisch und durchgängig weder Verfolgung noch Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung noch Bedrohung infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts zu befürchten sind. Nach den durch das Bundesverfassungsgericht konkretisierten Vorgaben des Artikels 16a Absatz 3 GG ist auch zu prüfen, ob die Verfolgungsfreiheit landesweit besteht und ob nicht nur bestimmte Gruppen verfolgungsfrei sind, andere Gruppen dagegen verfolgt werden. Entsprechend den Anforderungen des Anhangs I der Richtlinie 2013/32/EU ist zudem zu berücksichtigen, inwieweit Schutz vor Verfolgung und Misshandlung geboten wird u. a. durch

- a) die einschlägigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Staats und die Art und Weise ihrer Anwendung;
- b) die Wahrung der Rechte und Freiheiten nach der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und/oder dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und/oder dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter, insbesondere der Rechte, von denen gemäß Artikel 15 Absatz 2 der Europäischen Konvention keine Abweichung zulässig ist;
- c) die Einhaltung des Grundsatzes der Nicht-Zurückweisung nach der Genfer Flüchtlingskonvention;
- d) das Bestehen einer Regelung, die einen wirksamen Rechtsbehelf bei Verletzung dieser Rechte und Freiheiten gewährleistet.

Bei der Prüfung der Voraussetzungen ist auch die Stabilität des jeweiligen Landes anhand einer Prognose, dass mit wesentlichen (negativen) Veränderungen in nächster Zukunft nicht zu rechnen ist, zu berücksichtigen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass nicht alle Faktoren gleichwertig sind und vollständig vorliegen müs-

sen. Vereinzelte Schutzgewährungen stehen einer Einstufung der genannten Staaten als sichere Herkunftsstaaten auch deshalb nicht entgegen, weil die damit verbundene Vermutung der Verfolgungssicherheit widerlegbar ist.

1. Bis wann beabsichtigt die Bundesregierung, Vorschläge für die weitere Ergänzung der Liste sicherer Herkunftsstaaten vorzulegen, und wie ist das hierzu vorgesehene Verfahren?

Innerhalb der Bundesregierung ist das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat federführend für die Frage der Einstufung von Staaten als sichere Herkunftsstaaten zuständig. Um einen Staat als sicheren Herkunftsstaat im Sinne des § 29 des Asylgesetzes (AsylG) einzustufen, ist er nach § 29 Absatz 2 AsylG in die Anlage II des Asylgesetzes aufzunehmen. Diese Entscheidung trifft das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat nach Abschluss der Prüfung. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

2. Welche Staaten weisen nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit eine „regelmäßige Anerkennungsquote“ von unter 5 Prozent aus, und ab wann betrachtet die Bundesregierung eine Anerkennungsquote von unter 5 Prozent als regelmäßig?

Es gibt kein bestimmtes zeitliches Mindestmaß, bei dessen Einhaltung von einer „regelmäßigen“ Anerkennungsquote ausgegangen werden kann. Nach der Begründung zu § 29a des Asylgesetzes gehört zu dem vom Gesetzgeber für die Prüfung zugrunde gelegten Kriterienkatalog u.a. die Höhe der Anerkennungsquote in den „vergangenen Jahren“ und die Stabilität des Landes, d. h. u. a. die Prognose, dass mit wesentlichen Veränderungen in nächster Zukunft nicht zu rechnen ist (vgl. Bundestagsdrucksache 12/4450, S. 21). Laut Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ist die Bestimmung eines Staats zum sicheren Herkunftsstaat nur dann sachgerecht, wenn eine gewisse Stabilität der allgemeinen politischen Verhältnisse eine hinreichende Kontinuität auch für Rechtslage und Rechtsanwendung in dem betreffenden Staat gewährleistet erscheinen lässt. Eine solche Prognose hängt von dem jeweiligen Land und den dortigen Umständen ab und lässt sich nicht starren zeitlichen Regeln unterordnen. Gleiches gilt für die Frage, wieviel „vergangene“ Jahre die Anerkennungsquote unter 5 Prozent gelegen haben muss, um als „regelmäßig“ zu gelten.

Im Übrigen wird auf die Anlagen 1 und 2 verwiesen.

3. Welche Staaten wurden seit dem Jahr 2013 bzw. werden gegenwärtig von der Bundesregierung auf eine mögliche Einstufung als sicherer Herkunftsstaat hin überprüft, und wann wurde jeweils diese Prüfung auf Grundlage welcher Kriterien eingeleitet und mit welchen Ergebnissen abgeschlossen?

Im Jahr 2014 wurden Bosnien-Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Serbien als sichere Herkunftsstaaten eingestuft, im Jahr 2015 Albanien, Montenegro und Kosovo. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

4. Welche Staaten weisen aktuell oder im Durchschnitt der letzten drei, fünf bzw. zehn Jahre eine Anerkennungsquote unter 5 Prozent aus, und wie hat sich die Anerkennungsquote dieser Staaten seit dem Jahr 2000 jeweils entwickelt?

Es wird auf die als Anlagen beigefügten Tabellen verwiesen. In Anlage 2 sind die Herkunftsstaaten, die in den genannten Zeiträumen Anerkennungsquoten, von unter 5 Prozent aufweisen, aufsteigend nach der Höhe der durchschnittlichen Anerkennungsquote aus den Jahren von 2009 bis 2018 sortiert.

5. Wie bewertet die Bundesregierung die Menschenrechtslage in den in der Antwort zu Frage 4 genannten Staaten, und bei welchen dieser Staaten geht die Bundesregierung gegenwärtig davon aus, dass dort generell, systematisch und durchgängig weder Verfolgung noch Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung noch Bedrohung infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts zu befürchten sind?

Das Auswärtige Amt nimmt Bewertungen der Menschenrechtslage ausgewählter Staaten in seinen Lageberichten vor, die als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft sind. Zudem legt die Bundesregierung nach § 29a Absatz 2a AsylG dem Deutschen Bundestag alle zwei Jahre einen Bericht zu der Frage vor, ob die als sichere Herkunftsstaaten eingestuft Staaten weiterhin die Voraussetzungen erfüllen. Insoweit wird auf den ersten Bericht zur Einstufung der in Anlage II zum Asylgesetz bezeichneten sicheren Herkunftsstaaten (Bundestagsdrucksache 19/299) vom 15. Dezember 2017, in dem die Bundesregierung nach § 29 Absatz 2a AsylG geprüft hat, ob Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien die in der Vorbemerkung der Bundesregierung genannten Voraussetzungen der Einstufung als sichere Herkunftsstaaten weiterhin erfüllen, verwiesen.

**Entscheidungen über Erst- und Folgeanträge (Anlage 1)**

Anerkennungs- quote (16a,31,4I)	2018		2017		2016		2015		2014	
	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote
Albanien	2.737	0,5%	9.847	0,5%	37.673	0,2%	35.721	0,1%	3.455	1,5%
Algerien	1.850	1,2%	3.848	2,0%	5.289	1,4%	1.119	1,3%	1.196	0,1%
Armenien	2.968	1,9%	9.891	3,8%	2.626	3,1%	693	3,6%	883	2,6%
Benin	139	0,7%	630	1,9%	322	0,6%	103	-	162	0,6%
Bhutan	3	-	4	-	5	-	5	-	1	-
Brasilien	13	-	33	-	1	-	11	-	1	100,0%
Bosnien und Herzeg.	723	0,3%	2.265	0,3%	6.885	0,2%	6.500	0,0%	6.594	0,0%
Burkina-Faso	142	4,2%	513	2,7%	257	1,6%	127	-	216	0,5%
Elfenbeinküste	1.194	4,8%	2.633	4,1%	421	3,1%	347	1,7%	302	1,0%
Gambia	3.941	3,2%	9.710	2,8%	1.131	4,7%	603	1,7%	739	1,9%
Georgien	4.567	0,4%	6.340	0,7%	4.057	0,9%	2.360	-	2.510	0,2%
Ghana	1.088	2,1%	3.581	1,5%	1.807	1,1%	567	1,4%	643	0,5%
Griechenland	3	-	18	5,6%	8	-	5	-	6	-
Großbrit. mit Nordirland	2	-	12	-	4	25,0%	2	-	-	-
Guinea-Bissau	241	1,7%	657	0,9%	528	0,2%	222	-	243	-
Haiti	5	20,0%	10	-	5	40,0%	2	-	6	-
Indien	936	1,6%	3.761	1,4%	4.693	0,7%	551	0,5%	636	1,6%
Indonesien	9	-	12	-	3	-	2	-	3	33,3%
Israel	17	5,9%	41	9,8%	24	-	3	-	18	-
Kambodscha	19	-	23	4,3%	2	-	5	-	12	-
Kenia	306	0,3%	402	2,5%	196	-	166	0,6%	140	1,4%
Kamerun	1.408	4,0%	2.872	3,5%	580	0,9%	381	0,8%	387	2,8%
Kasachstan	80	8,8%	291	2,7%	139	0,7%	87	2,3%	138	5,8%
Kolumbien	116	-	72	2,8%	35	17,1%	13	7,7%	19	-
Korea (Dem. Volksrep.)	19	-	81	2,5%	15	-	4	-	10	-
Korea (Repub- lik)	14	-	20	5,0%	-	-	2	-	12	-
Kosovo	1.312	-	5.001	0,3%	18.920	0,1%	29.801	0,1%	3.690	0,1%
Kroatien	2	-	21	-	25	4,0%	22	-	24	-
Kuba	81	2,5%	229	-	61	-	35	-	43	7,0%
Liberia	248	4,8%	262	5,0%	70	2,9%	46	-	62	1,6%
Mali	507	3,2%	1.908	3,8%	688	3,2%	336	2,1%	559	1,4%
Marokko	1.553	2,3%	3.906	4,1%	4.834	2,5%	962	2,7%	1.195	0,6%
Mazedonien	2.190	0,3%	7.023	0,3%	14.712	0,1%	8.245	0,3%	8.548	0,1%
Moldau (Repub- lik)	1.957	0,3%	1.360	1,5%	4.797	0,4%	44	4,5%	34	11,8%
Mongolei	245	5,7%	1.324	3,5%	266	1,1%	212	0,5%	235	0,4%
Montenegro	355	-	1.045	0,6%	3.219	0,1%	2.297	0,1%	868	-
Mosambik	24	-	8	-	3	66,7%	-	-	6	-
Nepal	62	3,2%	142	2,1%	13	-	15	-	18	-



Anerkennungs- quote (16a,31,4I)	2013		2012		2011		2010	
	Entschei- dungen	Anerken- nungsquote	Entschei- dungen	Anerken- nungsquote	Entschei- dungen	Anerken- nungsquote	Entschei- dungen	Anerken- nungsquote
Albanien	517	3,7%	133	5,3%	77	16,9%	43	4,7%
Algerien	534	2,2%	450	0,4%	515	0,6%	695	0,3%
Armenien	683	1,9%	384	4,4%	344	2,9%	535	1,7%
Benin	118	-	67	-	40	2,5%	99	1,0%
Bhutan	-	-	2	-	1	-	-	-
Brasilien	4	-	2	-	3	-	3	-
Bosnien und Herzeg.	3.339	0,0%	2.131	0,1%	393	0,5%	354	0,3%
Burkina-Faso	101	-	54	-	42	4,8%	53	-
Elfenbeinküste	111	2,7%	68	1,5%	92	10,9%	77	7,8%
Gambia	160	5,0%	165	6,7%	225	4,9%	215	5,1%
Georgien	1.573	0,2%	663	0,6%	430	0,7%	948	0,4%
Ghana	479	0,6%	238	0,4%	236	-	303	0,3%
Griechenland	1	-	-	-	2	-	1	-
Großbrit. mit Nord- irland	4	-	-	-	1	-	1	-
Guinea-Bissau	66	1,5%	28	-	15	-	13	-
Haiti	23	-	4	-	4	-	1	-
Indien	632	0,5%	671	0,1%	950	0,1%	1.080	0,7%
Indonesien	1	100,0%	2	-	1	-	5	-
Israel	6	-	8	-	28	-	21	-
Kambodscha	4	-	17	-	4	-	13	-
Kenia	96	5,2%	147	1,4%	117	5,1%	331	2,7%
Kamerun	195	6,2%	191	2,1%	145	4,8%	378	5,8%
Kasachstan	69	5,8%	27	-	27	7,4%	16	-
Kolumbien	28	-	35	-	23	4,3%	10	-
Korea (Dem. Volks- rep.)	17	5,9%	-	-	4	-	1	100,0%
Korea (Republik)	1	-	-	-	1	-	2	-
Kosovo	3.011	0,3%	2.768	0,2%	2.055	0,2%	2.510	0,4%
Kroatien	45	4,4%	46	2,2%	15	-	21	-
Kuba	18	11,1%	5	-	18	27,8%	30	6,7%
Liberia	11	-	9	-	15	-	22	4,5%
Mali	147	2,0%	34	-	26	3,8%	24	4,2%
Marokko	600	0,5%	308	1,0%	315	1,0%	261	2,3%
Mazedonien	6.400	0,1%	6.639	0,1%	1.965	-	2.925	-
Moldau (Republik)	32	-	25	-	22	-	65	-
Mongolei	33	9,1%	38	-	57	-	73	1,4%
Montenegro	298	2,3%	365	0,8%	104	-	119	-
Mosambik	2	-	1	-	2	-	-	-
Nepal	20	-	14	-	6	-	19	10,5%
Niger	39	-	32	-	26	-	19	-
Pakistan	2.383	32,9%	1.658	17,3%	1.128	13,5%	813	7,3%
Peru	1	-	4	-	2	-	6	-





Anerkennungs- quote (16a,31,4I)	2009		2008		2007		2006		2005	
	Entschei- dungen	Anerken- nungsquote	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote
Albanien	66	6,1%	66	6,1%	117	0,9%	141	1,4%	196	-
Algerien	553	0,5%	431	0,5%	470	0,6%	477	0,2%	688	1,9%
Armenien	259	2,3%	234	1,7%	315	3,5%	514	-	744	1,9%
Benin	61	-	32	-	22	-	26	-	41	2,4%
Bhutan	1	100,0%	3	33,3%	2	50,0%	9	-	1	-
Bosnien und Herzeg.	231	-	139	1,4%	211	0,5%	359	0,3%	576	-
Brasilien	2	-	2	-	4	-	2	-	3	-
Burkina-Faso	38	-	16	-	32	-	28	-	48	2,1%
Elfenbeinküste	63	17,5%	46	6,5%	78	2,6%	86	5,8%	162	2,5%
Gambia	90	3,3%	62	14,5%	77	2,6%	63	-	115	-
Georgien	428	2,6%	194	0,5%	299	0,3%	382	0,5%	636	0,3%
Ghana	193	0,5%	165	0,6%	283	-	458	-	523	-
Griechenland	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Großbrit. mit Nordirland	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-
Guinea-Bissau	21	-	10	-	14	-	14	-	23	-
Haiti	1	-	2	-	2	-	2	-	12	-
Indien	634	0,3%	340	0,3%	513	-	655	0,5%	795	0,1%
Indonesien	2	-	1	-	3	-	3	-	7	-
Israel	16	-	11	-	42	-	46	-	38	-
Kambodscha	13	-	-	-	9	-	8	-	20	-
Kenia	60	-	38	-	72	9,7%	52	-	49	-
Kamerun	130	6,2%	104	9,6%	200	4,5%	322	2,2%	514	1,0%
Kasachstan	6	-	10	-	10	-	25	-	56	-
Kolumbien	28	10,7%	13	15,4%	179	1,1%	76	1,3%	37	24,3%
Korea (Dem. Volksrep.)	1	-	1	-	2	-	7	-	30	3,3%
Korea (Dem. Volksrep.)	1	-	1	-	2	-	7	-	30	3,3%
Kosovo	1.604	0,7%	780	0,5%	-	-	-	-	-	-
Kroatien	22	4,5%	15	-	27	-	42	11,9%	48	-
Kuba	30	16,7%	17	17,6%	58	10,3%	86	5,8%	31	12,9%
Liberia	13	-	7	-	18	-	40	2,5%	126	0,8%
Mali	7	-	8	-	18	5,6%	24	-	31	-
Marokko	246	2,0%	142	3,5%	219	1,4%	205	-	219	-
Mazedonien	100	4,0%	108	0,9%	177	0,6%	244	-	353	-
Moldau (Repub- lik)	1.957	0,3%	1.360	1,5%	4.797	0,4%	44	4,5%	34	11,8%
Mongolei	17	-	18	-	47	-	50	-	74	-
Montenegro	95	5,3%	43	-	108	-	74	-	-	-
Mosambik	2	-	3	-	1	-	1	-	6	-
Nepal	24	-	14	-	31	-	86	1,2%	109	2,8%
Niger	18	-	6	-	21	-	28	-	54	-

Anerkennungs- quote (16a,31,4I)	2009		2008		2007		2006		2005	
	Entscheidungen	Anerkennungsquote	Entscheidungen	Anerkennungsquote	Entscheidungen	Anerkennungsquote	Entscheidungen	Anerkennungsquote	Entscheidungen	Anerkennungsquote
Pakistan	327	13,8%	251	6,0%	446	3,1%	559	3,8%	855	5,5%
Peru	4	-	4	-	1	-	3	-	6	-
Portugal	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rumänien	2	-	6	-	20	-	77	1,3%	99	-
Senegal	12	16,7%	11	9,1%	22	-	11	-	13	7,7%
Serbien	809	0,6%	929	0,5%	2.904	0,7%	1.427	0,6%	-	-
sonst. europ. Staatsangeh.	1	-	4	25,0%	8	12,5%	25	-	10	-
Spanien	1	-	-	-	-	-	-	-	1	-
Togo	80	13,8%	85	10,6%	142	6,3%	297	8,4%	739	7,4%
Tschad	8	37,5%	6	-	2	-	5	80,0%	3	-
Tunesien	152	0,7%	87	1,1%	125	-	129	1,6%	133	3,0%
Ukraine	56	3,6%	48	10,4%	92	-	134	1,5%	240	0,8%
Ungarn	15	-	-	-	19	-	12	-	10	-
Vietnam	1.429	0,4%	1.104	0,4%	1.062	0,4%	1.248	0,3%	1.565	0,8%
Weißrussland	47	4,3%	49	8,2%	88	10,2%	153	5,2%	230	1,3%

Anerkennungs- quote (16a,31,41)	2004		2003		2002		2001		2000	
	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote
Albanien	296	-	385	-	479	1,3%	509	0,4%	579	0,5%
Algerien	1.134	0,1%	1.710	0,1%	2.210	0,4%	2.079	1,3%	1.893	0,8%
Armenien	950	0,3%	1.001	0,2%	1.281	0,1%	1.235	1,5%	1.676	0,8%
Benin	56	-	49	-	154	0,6%	119	-	52	-
Bhutan	14	-	33	-	43	11,6%	23	4,3%	22	18,2%
Bosnien und Herzeg.	868	0,1%	1.266	0,6%	1.992	0,1%	2.814	0,4%	2.414	0,3%
Brasilien	1	-	3	-	1	-	2	-	1	-
Burkina-Faso	59	-	93	-	155	-	494	0,2%	492	-
Elfenbeinküste	219	0,5%	318	0,9%	159	0,6%	216	-	195	1,5%
Gambia	75	-	54	-	53	3,8%	47	4,3%	39	-
Georgien	1.169	0,8%	1.502	0,9%	1.728	0,5%	1.301	0,4%	1.192	0,8%
Ghana	487	-	431	-	380	-	373	0,5%	415	-
Griechenland	2	-	1	-	1	-	-	-	-	-
Großbrit. mit Nordirland	-	-	1	-	-	-	1	-	2	-
Guinea-Bissau	28	-	38	-	29	-	5	-	15	-
Haiti	9	-	2	-	3	-	1	-	3	-
Indien	1.512	0,3%	2.346	0,2%	2.569	0,4%	2.836	0,2%	2.057	0,5%
Indonesien	14	-	12	-	1	-	4	-	11	-
Israel	46	-	112	-	57	-	57	3,5%	35	31,4%
Kambodscha	48	-	31	-	15	-	12	-	6	-
Kenia	47	-	67	-	86	1,2%	33	3,0%	43	-
Kamerun	717	0,6%	1.430	0,6%	1.157	1,1%	702	3,8%	786	2,3%
Kasachstan	90	2,2%	121	0,8%	177	2,3%	194	-	161	4,3%
Kolumbien	42	7,1%	94	-	116	5,2%	122	10,7%	172	12,2%
Korea (Dem. Volksrep.)	13	7,7%	45	64,4%	78	65,4%	105	50,5%	112	50,0%
Korea (Dem. Volksrep.)	13	7,7%	45	64,4%	78	65,4%	105	50,5%	112	50,0%
Kosovo	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kroatien	63	-	147	-	141	-	232	-	208	3,4%
Kuba	48	4,2%	59	3,4%	86	4,7%	82	11,0%	108	6,5%
Liberia	394	-	176	-	198	2,5%	85	3,5%	97	1,0%
Mali	58	-	49	-	76	1,3%	83	-	44	2,3%
Marokko	318	-	360	-	342	-	277	-	358	0,3%
Mazedonien	517	0,2%	748	-	1.264	-	1.783	0,1%	652	0,2%
Moldau (Repub- lik)	32	-	25	-	22	-	65	-	-	-
Mongolei	72	-	87	-	214	-	234	-	150	-
Montenegro	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Mosambik	6	-	5	-	5	-	2	-	5	-
Nepal	174	1,7%	291	1,4%	300	1,7%	159	4,4%	124	0,8%
Niger	84	2,4%	122	0,8%	166	-	116	3,4%	86	1,2%

Anerkennungs- quote (16a,31,41)	2004		2003		2002		2001		2000	
	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote	Entschei- dungen	Anerken- nungs- quote
Pakistan	1.574	3,0%	1.607	2,7%	1.436	5,2%	1.858	4,3%	2.522	3,6%
Peru	12	-	15	-	7	14,3%	11	-	30	10,0%
Portugal	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-
Rumänien	94	2,1%	257	-	568	0,2%	450	0,4%	761	0,1%
Senegal	19	-	33	3,0%	32	-	27	-	29	3,4%
Serbien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
sonst. europ. Staatsangeh.	40	-	37	-	34	-	26	11,5%	18	5,6%
Spanien	2	-	2	-	-	-	1	-	-	-
Togo	776	5,9%	1.508	3,9%	1.484	5,2%	1.317	9,9%	1.106	8,8%
Tschad	17	-	6	-	13	-	7	-	13	23,1%
Tunesien	149	4,0%	223	0,9%	233	5,6%	215	3,7%	293	8,2%
Ukraine	315	0,3%	522	0,8%	669	1,5%	721	2,8%	629	1,3%
Ungarn	23	-	28	-	36	-	39	-	52	-
Vietnam	2.183	0,2%	2.737	0,1%	2.871	0,2%	4.002	0,2%	2.659	0,2%
Weißrussland	443	1,4%	683	0,9%	675	4,3%	536	3,9%	483	1,0%

**Entscheidungen über Erst- und Folgeanträge (Anlage 2)**

Anerkennungsquote (16a,3I,4I)	2018-2016	2018-2014	2018-2009
	Anerkennungsquote	Anerkennungsquote	Anerkennungsquote
Serbien	0,1%	0,1%	0,1%
Bosnien und Herzegowina	0,2%	0,1%	0,1%
Mazedonien	0,1%	0,2%	0,1%
Kosovo	0,1%	0,1%	0,2%
Albanien	0,3%	0,3%	0,3%
Montenegro	0,2%	0,2%	0,3%
Georgien	0,6%	0,5%	0,5%
Guinea-Bissau	0,8%	0,6%	0,6%
Vietnam	1,0%	0,8%	0,6%
Moldau (Republik)	0,5%	0,6%	0,6%
sonst. europ. Staatsangeh.	15,4%	2,6%	0,8%
Kambodscha	2,3%	1,6%	0,9%
Indien	1,1%	1,1%	0,9%
Niger	1,5%	1,1%	1,0%
Spanien	1,4%	1,1%	1,0%
Tunesien	1,6%	1,1%	1,0%
Benin	1,4%	1,2%	1,0%
Ghana	1,5%	1,4%	1,2%
Ungarn	3,8%	2,0%	1,3%
Rumänien	4,3%	2,7%	1,3%
Algerien	1,6%	1,4%	1,3%
Brasilien	-	1,7%	1,4%
Senegal	1,8%	1,7%	1,7%
Burkina-Faso	2,6%	2,0%	1,7%
Kenia	1,2%	1,2%	1,8%
Korea (Republik)	2,9%	2,1%	1,9%
Kroatien	2,1%	1,1%	2,1%
Nepal	2,3%	2,0%	2,1%
Griechenland	3,4%	2,5%	2,2%
Ukraine	2,1%	2,4%	2,5%
Peru	5,6%	4,5%	2,6%
Marokko	3,1%	2,8%	2,6%
Korea (Demokrat. Volksrepubl.)	1,7%	1,6%	2,6%
Israel	6,1%	4,9%	2,7%

Anerkennungsquote (16a,3I,4I)	2018-2016	2018-2014	2018-2009
	Anerkennungsquote	Anerkennungsquote	Anerkennungsquote
Mongolei	3,4%	2,8%	2,8%
Tschad	3,6%	2,4%	2,9%
Gambia	3,0%	2,9%	3,0%
Mali	3,6%	3,2%	3,1%
Armenien	3,3%	3,3%	3,2%
Kolumbien	3,6%	3,5%	3,4%
Kamerun	3,4%	3,1%	3,4%
Kuba	0,5%	1,1%	3,5%
Weißrussland	3,3%	3,8%	3,6%
Kasachstan	3,1%	3,5%	3,6%
Liberia	4,7%	4,1%	3,8%
Großbritannien mit Nordirland	5,6%	5,0%	3,8%
Elfenbeinküste (Cote d Ivoire)	4,2%	3,8%	4,1%
Mosambik	5,7%	4,9%	4,2%
Bhutan	-	-	4,5%
Portugal	5,6%	4,8%	4,5%
Togo	3,2%	3,1%	4,9%
Haiti	15,0%	10,7%	4,9%
Indonesien	-	3,4%	5,0%
Pakistan	2,8%	4,1%	6,3%



